

gieffizienz entscheidend wie auch der Übergang ins Solarzeitalter. Eine ökologische Finanzreform wird hierzu ebenso unverzichtbar sein wie die Einrichtung eines verbindlichen Emissionshandels. Der Umbau von Stadt- und Siedlungsstrukturen wird getrennte Funktionen zusammenführen und die Nähe stärken. Günstigere Bedingungen für öffentliche Verkehrs-

teme und nichtmotorisierte Mobilität sind zu schaffen.

Zentrale Fortschrittsaufgabe bleibt abschließend die Gewährleistung gleicher Freiheit für alle sowohl im Inneren der Gesellschaften als auch im Weltmaßstab. Die Umverteilung von Macht, Besitz und Einkommen bleibt hierzu ein notwendiges Mittel.

Walter Pfannkuche

## Grundlinien einer globalen Politik der Gerechtigkeit

*Zentrale Säule eines »Neuen Fortschritts« muss globale Gerechtigkeit sein. Hier ist aber zunächst zu fragen: Welche Ungleichheiten existieren? Und wie können diese so verändert werden, dass Demokratie nicht zu einem Oberflächenritual verkommt?*

»Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*.« Das von Marx beschworene Pathos der praktischen Veränderung war – leider – schon 1845 so unzureichend wie heute. Es kommt gar nicht darauf an, die Welt zu verändern, worauf es ankommt, ist, sie zu *verbessern*. Aber verbessern in welche Richtung und nach welchem Maßstab? Und hier gibt es von Marx nun doch etwas zu lernen – eben das, was er in der unmittelbar vorhergehenden These zu Feuerbach so formuliert hat: Der Standpunkt des alten Materialismus ist die »bürgerliche« Gesellschaft; der Standpunkt des neuen die menschliche Gesellschaft, oder die vergesellschaftete Menschheit.

Wer Menschheit sagt, der will nicht notwendig betrügen, wie noch Carl Schmitt insinuierte. Im besseren Fall will er darauf hinweisen, dass diese Welt ökonomisch und politisch zu einer zusammenwächst und dass jede plausible Idee einer Verbesserung eben die Konzeption einer vergesellschafteten Menschheit beinhalten muss.

Und damit wird es schwierig. Zwar können wir die Gerechtigkeit als Leitbegriff einer vernünftigen vergesellschafteten Mensch-



Walter Pfannkuche

(\* 1956) ist Professor für Praktische Philosophie an die Universität Kassel mit den Arbeitsschwerpunkten Moralphilosophie, Theorien der Moralbegründung und Politische Philosophie. Zur Zeit leitet er ein Forschungsprojekt zur Ethik der Globalisierung.

walter-pfannkuche@uni-kassel.de

heit benennen, aber was unter globaler Gerechtigkeit dann inhaltlich zu denken ist, das ist vage und umstritten zugleich. Wer dazu etwas sagen will, braucht nicht nur einen Begriff globaler Gerechtigkeit, sondern auch eine Vorstellung davon, wie unter realen Bedingungen die Annäherung an diese Gerechtigkeit erfolgen kann und muss. Es ist eines, und schon schwierig genug, Kriterien für einen Zustand globaler Gerechtigkeit zu entwickeln. Es ist ein anderes, zu bestimmen, welche Pflichten und welche Rechte den bestehenden Nationalstaaten auf dem Weg zu einer mit Anstand vergesellschafteten Menschheit zufallen.

Was könnten die Grundlinien einer globalen Politik der Gerechtigkeit sein? Worin besteht überhaupt das Wesen der Gerechtigkeit? Eine Antwort kommt in

Sicht, wenn man vom anderen Ende her fragt: Was macht das Zentrum der Ungerechtigkeit aus? Darauf hat schon Aristoteles eine plausible Antwort gegeben. Den Kern der Ungerechtigkeit entdeckt er im Mehrhabenwollen, in der Einstellung eines Menschen, der bei Kooperationen mit anderen stets versucht, den eigenen Vorteil größer zu machen als den der anderen. Der Gerechte ist demgegenüber derjenige, der von diesem Mehrhabenwollen frei ist und der auch aktiv darauf achtet, wie sich die Regeln und Resultate einer Kooperation auf sein Gegenüber auswirken. Dem Gerechten, so kann man sagen, ist das Wohlergehen der anderen ein Anliegen, er ist bereit, deren Belange als ebenso wichtig wie die eigenen zu berücksichtigen.

Was für das Individuum gilt, das gilt in modifizierter Form auch für den Staat. Als gerecht kann nur der Staat gelten, der sich ernsthaft bemüht, die Belange aller seiner Bürger gleich wichtig zu nehmen. Der Staat muss deswegen nicht darauf zielen, dass alle gleichermaßen gut dastehen, aber er muss darauf achten, dass nur solche Formen von Ungleichheit bestehen, die aus der Perspektive der Gleichberücksichtigung selbst zu rechtfertigen sind. Das können Ungleichheiten sein, die aus einer ihrerseits wünschenswerten Selbstbestimmung der Individuen oder aus plausiblen Beschränkungen für die Wirksamkeit des Staates überhaupt resultieren.

Schwieriger wird es im supranationalen Bereich. Welches sind hier die Gegebenheiten, die die Bürger eines Staates als Folgen ihrer nationalen Selbstbestimmung begreifen und ggf. ertragen müssen? Wo beginnt im zwischenstaatlichen Handel die Ausbeutung und wo die Pflicht zur Hilfeleistung? Was wäre eine faire Austauschrelation von Zucker und Werkzeugmaschinen? So viel scheint klar: Wenn die Bürger eines reichen Staates Güter aus armen Staaten zu einer Austauschrelation beziehen, die den Produzenten im armen Staat nicht erlaubt, ein vergleichbares Netz

kollektiver Güter und sozialer Absicherung aufzubauen, dann stimmt etwas nicht an der Tauschrelation, dann profitieren die einen stärker davon als die anderen. Es sind auch solche ungerechtfertigten Ungleichheiten, die die Globalisierung mit der ihr eigenen Gewalt einzuebnen beginnt. Wenn chinesische Autobauer sich von ihrem Lohn keine anständige Krankenversicherung und keine gute Ausbildung für ihre Kinder leisten können, dann werden die in diesen Hinsichten besser gestellten Autobauer in den reichen Ländern ökonomisch zunehmend unter Druck geraten. Und damit die Politiker, die von diesen Autobauern gewählt werden wollen. Für eine jede Partei, die auf nationaler Ebene um Zustimmung ringen muss, liegen hier Risiken und Chancen zugleich.

Die Chance liegt darin, dass allein eine global verantwortliche Politik auf der Höhe der Zeit ist. In einer zusammenwachsenden Welt kann nur eine Partei fortschrittlich sein, die sich an einer Konzeption globaler Gerechtigkeit orientiert. Alles andere wäre Partikularismus, im schlimmsten Fall ein reaktionär-idyllisches Sich-Stemmen gegen Kräfte, denen langfristig niemand widerstehen kann.

Das Risiko besteht darin, dass eine solche Partei ihren Wählern gegebenenfalls Regelungen zumuten muss, die aus einer globalen Perspektive zwar gerechtfertigt sind, die aber nicht vollständig mit deren Eigeninteresse identisch sind. Die Politik versucht zumeist, diese Differenz irgendwie verschwinden zu lassen. Insbesondere in einer exportorientierten Gesellschaft kann man eine gute Strecke damit argumentieren, dass es den Exporteuren nur gut gehen kann, wenn der Warenverkehr möglichst unbehindert ist und wenn auch andere so gut dastehen, dass sie sich die entsprechenden Importe leisten können. Das ist auch wahr, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Etwa bei Patentrechten, Energieverbrauch, Agrarimporten und bei der Belastung des Weltklimas wird schnell er-

kennbar, dass die reichen Staaten ihre Interessen auf eine Weise zu schützen versuchen, die nicht zugleich im Interesse aller von den Folgen Betroffenen ist.

Dieser Zerreißprobe zwischen Chance und Risiko wird eine nationale Partei nur dann gewachsen sein, wenn ihr zweierlei zugleich gelingt: Einerseits eine allmähliche Transformation des Selbstverständnisses ihrer Wähler hin zu einem Sich-Verstehen als Weltbürger, als Kosmopolit. Andererseits, und wichtiger noch, muss sie eine Konzeption nationaler Gerechtigkeit entwickeln, die zeigt, dass die Lasten und die Vorteile der Globalisierung innerhalb der nationalen Gemeinschaft fair verteilt werden, dass die Gesellschaft nicht in Globalisierungsgewinner und -verlierer zerfällt. Es ist diese Kompetenz zur Gestaltung nationaler Verhältnisse nach Gesichtspunkten der Gerechtigkeit, die die Politik insgesamt zurückerobern muss, wenn sie nicht zum epiphänomenalen Geplänkel verkümmern will, das von den Wählern zu Recht ignoriert wird. Das Politische kann auch inmitten einer Demokratie sterben.

### **Formen von Ungleichheit**

Es gibt in unserer Gesellschaft zumindest drei Formen von Ungleichheit, die sich nicht rechtfertigen lassen:

*Erstens:* Gravierende Ungleichheiten hinsichtlich der Inklusion in die Gesellschaft. Von diesen ist die auffälligste die Ausschließung von etwa 10 % der arbeitsfähigen Bevölkerung aus der Arbeitswelt im Durchschnitt der letzten 20 Jahre. Dass die politischen Akteure der letzten 30 Jahre dabei zugehört haben, wie die längerfristige Entkoppelung vom reproduktiven Blutkreislauf der Gesellschaft bei vielen der Betroffenen zu massiver mentaler Desintegration und so zur Entstehung von leistungsschwachen und transferabhängigen Milieus führte, kann nur durch eine fatale Mischung von Mutlosigkeit und

Gleichgültigkeit erklärt werden. Mutlosigkeit vor allem hinsichtlich des Ergreifens von Alternativen zum wohlfeilen Spekulieren darauf, dass die Kräfte des jeweils nächsten Aufschwungs es schon richten werden. Das hat nie geklappt und wird auch in Zukunft nicht funktionieren. Eine politisch verantwortliche Reaktion auf diese traurige Erfahrung kann nur darin bestehen, die Integration in die Arbeitswelt unabhängig von konjunkturellen Trends zu gewährleisten – eben durch die Partizipation aller an der jeweils nachgefragten Arbeitsmenge. Wenn die schrumpft, kann die Lösung nicht darin bestehen, je nach Lage ein paar Millionen Bürger aus der Gesellschaft auszugrenzen, sondern in der solidarischen und gerechten Umverteilung der ökonomisch sinnvollen Arbeit. Was wir brauchen ist eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und -rechtes, die die Integration Aller ermöglicht.

Das hat Implikationen für die supranationale Wirtschaftspolitik. Die ökonomische Globalisierung hat bewirkt, dass immer mehr Staaten, an den kapitalistischen Wirtschaftskreislauf angeschlossen, eine produktive Nische finden und so bedrückenden Formen von Armut und mentaler Verengung ein Stück weit entkommen konnten. Das beeindruckendste Beispiel bietet sicher Chinas Aufstieg zur Welfabrik. Das ist aus einer globalen moralischen Perspektive erfreulich, hat aber zum Abbau etlicher Arbeitsplätze in den bereits entwickelten Staaten geführt. Natürlich auch zur Entstehung neuer – aber nicht alle, die mit der Produktion von Hemden oder Zuckerrüben gut ausgelastet waren oder sind, können zur Fachkraft für Maschinenbau oder Informatik umgeschult oder ausgebildet werden. Talente sind nur begrenzt plastisch. Ein Staat kann sich keine Wunschbürger backen, sondern muss die Menschen mit den Fähigkeiten ernst nehmen, die sie haben, und ihnen mit diesen Fähigkeiten eine vollwertige Integration in die Gesellschaft ermöglichen. Um das zu erreichen,

muss die zunehmende supranationale Umverteilung von Arbeitsleistungen gemäß der ökonomischen Effizienz durch das Erfordernis innerstaatlicher Integration begrenzt werden. Und ein Staat, der durch die interne Umverteilung von Arbeit das ihm Mögliche zur Integration aller getan hat, darf sich an dieser Grenze seiner Leistungsfähigkeit auch restriktiv verhalten. Er muss seine Grenzen nicht weiter für Importe öffnen, die zu unvermeidbarer Arbeitslosigkeit führen. Es wäre moralisch unplausibel, etwa den weiteren Aufschwung Chinas mit einer internen Desintegration anderer Staaten erkaufen zu wollen.

*Zweitens:* Die meisten der etablierten Einkommensungleichheiten sind moralisch nicht zu rechtfertigen. Die jetzige Einkommensverteilung orientiert sich dominant an einem ökonomischen Leistungsbegriff. Wenn ein Chemiker durch ein neues Verfahren seiner Firma 10 Millionen an Energiekosten erspart oder ein Bankmanager durch seine guten Ideen den Börsenwert der Bank um eine Milliarde steigert, dann liegt der ökonomische Wert ihrer Arbeitsleistungen in diesen Größenordnungen. Ein Arbeitseinkommen, das den von ihnen geschaffenen Werten entspricht, wäre ökonomisch völlig gerechtfertigt. Aber diese Form der Leistungsangemessenheit hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Für die Gerechtigkeit ist zu berücksichtigen, dass *erstens* nicht jeder das Talent zum Chemiker hat und dass *zweitens*, selbst wenn es alle hätten, irgendjemand ja doch den Müll wegräumen muss. Ein Talent nicht zu haben oder damit nicht zum Zuge zu kommen ist eine Frage von Glück oder Pech sowie von Fleiß und sozialer Ermutigung. Doch Glücksgaben und elterliche Fürsorge sind keine Verdienste und deshalb moralisch irrelevant. Was die Gesellschaft moralisch gesehen ökonomisch prämiieren darf, sind alle Faktoren, die mit individuell zurechenbarer Bemühung zu tun haben. Etwa die Mühen einer langen Ausbildung (wenn es denn Mühen waren), das Aufsich-

nehmen besonderer Strapazen während der Arbeit, das Ausharren in einer Arbeit, die nur wenig intrinsische Befriedigung gewähren kann. Die Orientierung an diesem Leistungsbegriff würde zu einer drastischen Verringerung und streckenweise sogar Umkehr der jetzigen Einkommensungleichheiten führen. Das wird den etablierten Eliten nicht gefallen. Hier etwas zu ändern, wird Mut erfordern. Aber darunter, und das spiegeln die Einschätzungen der Bürger in Umfragen zur Verteilungsgerechtigkeit wider, bleibt es nur beim hohlem Pathos der Sonntagsreden.

*Drittens:* Solange die Einkommen so ungerecht verteilt sind, wie sie es sind, muss die Privatisierung von Bildung und Gesundheitsfürsorge unterbunden werden. Wenn die ökonomischen Ausgangsbedingungen Aller gerecht wären, wäre prinzipiell wenig dagegen einzuwenden, dass die Individuen verstärkt selbst darüber entscheiden, wieviel sie für Gesundheit oder Bildung ausgeben wollen. Solange das nicht der Fall ist, dienen insbesondere privat kofinanzierte Schulen und Universitäten vor allem als Instrumente zur exklusiven Reproduktion der ökonomischen und intellektuellen Eliten. Natürlich wird es auch da immer ein paar Alibi-Stipendiaten geben, aber die können den Charakter und Zweck solcher Einrichtungen weder verändern noch verschleiern. Was sich hier herausbildet, ist eine supranational orientierte, aber in sich geschlossene Lebens- und Ausbildungswelt der Bessergestellten, die auch morgen noch die Geschicke der weniger Betuchten oder Begabten so lenken möchten, dass sich an der sozialen Schichtung nach Möglichkeit wenig ändert. Auch auf diese Weise kann die Demokratie zum Oberflächenritual verkommen. Entscheidend ist ja nicht, dass gewählt wird, sondern was überhaupt noch zur Auswahl steht.

Es steht nicht gut um Demokratie und Gerechtigkeit. Aber es sind eben deshalb gute Zeiten für eine jede Partei, die den Mut hat, die Probleme beim Namen zu nennen.